

STANISŁAW FRĄCZ
Wiedeń

PERSPEKTIVEN EINER GESAMTEUROPÄISCHEN INTEGRATION

Mit dem *Annus mirabilis* 1989 wurde Osteuropa von den Westeuropäern als integraler Teil der gemeinsamen europäischen Geschichte wiederentdeckt. Und auch die postkommunistischen Nachfolgestaaten reklamieren ihre historische Zugehörigkeit zu Europa und begreifen ihren ordnungspolitischen und ökonomischen Transformationsprozess als eine „Rückkehr nach Europa“

Der Eiserner Vorhang bedeutete für die ehemaligen Ostblockstaaten eine knapp fünf Jahrzehnte währende Abschottung von der abendländischen Kultursphäre und deren geistig-kultureller, politischer und ökonomischer Entwicklung. Besonders von den lateinisch geprägten Völkern wurde die Zwangseingliederung in den sowjetischen Hegemonialbereich als ein Herausgerissenwerden aus ihrer historischen Kontinuität wahrgenommen, als ein Herausfallen aus der gemeinsamen europäischen Geschichte und ein Abgeschnittensein von den eigenen, lateinisch-römischen Wurzeln.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes scheint sich die historisch einmalige Chance zur Vereinigung Europas eröffnet zu haben. Doch es sind gegenwärtig vor allem zwei Faktoren, die die intendierte Neugestaltung Gesamteuropas wesentlich in Frage stellen: Zum einen das noch immer starke sozioökonomische West-Ost-Gefälle, zum anderen, und in weit stärkerem Masse, der unterschiedliche Stand der Nationalisierung in West- und Osteuropa. Der zunehmenden ökonomischen und politischen Integration im Westen steht im Osten die latente Gefahr fortschreitender ethnozentrischer Zersplitterung gegenüber.

Die im Westen gegenwärtig vor sich gehende schrittweise Integration der Nationalstaaten in eine größere gesamteuropäische Einheit resultierte zunächst aus der machtpolitischen Notwendigkeit, eine geschlossene Gegenmacht zum kommunistischen Ostblock herzustellen. Als eigentliche Triebfeder des endgültigen Abbaus von Feindbildern in den ehemaligen Gegnerstaaten und des Aufbaus ei-

ner gemeinsamen Politik der Zusammenarbeit und Versöhnung, erwies sich jedoch die Verfolgung gemeinsamer ökonomischer Zielsetzungen.

Auch in den vormalig kommunistischen Staaten Europas vollzieht sich der Integrationsprozess ebenfalls nicht primär aus politischen, sondern wirtschaftlichen Erwägungen, über einen Aufbau wechselseitiger ökonomischer Bindungen und gegenseitiger Abhängigkeiten. Doch selbst gesetzt den Fall, dass sich die Staaten Osteuropas im Verlauf ihres ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses weitgehend an westlichen Integrationsmustern orientieren, wird es ihnen in absehbarer Zukunft kaum gelingen können, den enormen zivilisatorisch-technischen und ökonomischen Vorsprung Westeuropas aufzuholen. Die westeuropäische Politik steht gegenwärtig vor der großen Herausforderung, diesen Staaten die unumgängliche Eingliederung in die wirtschaftliche und politische Architektur Westeuropas zu erleichtern, und die innereuropäische Sprengkraft der dabei auftretenden sozioökonomischen Spannungen so weitgehend wie möglich zu entschärfen.

Denn sollten sich die postkommunistischen Völker im Verlauf des Modernisierungsprozesses als nicht genügend unterstützt oder zurückgesetzt empfinden, könnten die daraus resultierenden kollektiven Frustrationen einen neuerlichen Rückfall in nationalistische Denkkategorien und Verhaltensmuster provozieren. Mit einer weitgehenden Einbindung der osteuropäischen Staaten in das Geflecht der übernationalen westeuropäischen Institutionen könnten diesen Staaten ihre „Urängste“ vor Ausverkauf und Identitätsverlust sowie ihre Befürchtungen einer neuerlichen, diesmal westlichen, Fremdbestimmung weitestgehend genommen werden. Zudem würden sie auf diese Weise in der Überzeugung bestärkt, dass Freihandel, offene Grenzen und die wechselseitige Abstimmung wirtschafts- und finanzpolitischer Reformschritte im Interesse aller Beteiligten liegen.

In der gegenwärtigen Situation hängt jede weitere Integration in Hinblick auf den gesamteuropäischen Einigungsprozess wesentlich davon ab, ob und wie gut die Konsolidierung der neuen Nationalstaaten gelingt. Denn diese Staaten dürften kaum zu einer politischen Integration oder der Abtretung von Souveränitätsrechten zugunsten supranationaler Institutionen zu bewegen sein, solange sie ihre Existenz oder Souveränität in irgendeiner Weise von außen oder innen als bedroht empfinden. Die Schaffung von Schutzstrategien gegen mögliche militärische Bedrohungen würde helfen, diesen Nationen ihre unterschwelligen Ängste vor fremdstaatlichen Gebietsansprüchen zu nehmen. Die Wahrung der nationalen Interessen dieser Staaten, insbesondere aber die Rücksichtnahme auf ihre negativen Erfahrungen mit der Großräumigkeit des Sowjetimperiums, gehören zu den Grundvoraussetzungen für den Abbau des nationalistischen Konfliktpotentials im Osten. Denn unabhängig davon, wie stark Westeuropa, und damit der gesamteuropäische Einigungsprozess, von der zivilisatorisch-technischen und ökonomischen Verspätung Osteuropas in seiner Entwicklung verlangsamt oder

zeitweise gar gehemmt wird, darf man keinen Zweifel daran hegen, dass es ohne ein befriedetes Osteuropa keine wirkungsvolle Sicherung des gesamteuropäischen Friedens geben kann.

Für den Zeitraum der politischen und wirtschaftlichen Inkubationsperiode der jungen Demokratien erscheint seitens Westeuropas nur eine sensible Politik des Ausgleichs und der Versöhnung zielführend, eine Politik die mit viel Geduld und Verständnis auf die spezifischen historischen Erfahrungen Ostmittel- und Südosteuropas einzugehen bereit ist. Das nationalistische Konfliktpotential, das sich in unserem Jahrhundert seit dem Ersten Weltkrieg in erster Linie als Folgeerscheinung willkürlicher Grenzziehungen und erzwungener Bevölkerungsverschiebungen in Ostmittel- und Südosteuropa akkumuliert hat, kann durch sozialökonomische Maßnahmen zwar weitgehend am Ausbruch gehindert, längerfristig aber nicht wirklich entschärft werden. Aus diesem Grunde werden sich die Völker der postkommunistischen Nachfolgestaaten nach der technisch-ökonomischen Aufholphase einem weiteren, nicht minder gravierenden ihrer Entwicklungsdefizite Westeuropa gegenüber stellen müssen: Einer ehrlichen und offenen Aufarbeitung ihrer tragischen und konfliktreichen gemeinsamen Vergangenheit. Denn im Unterschied zu den westeuropäischen Demokratien war den Staaten im sowjetischen Einflussbereich die nationale Versöhnung im Namen des sozialistischen Internationalismus quasi „von oben“ aufoktroziert worden, womit die potentiellen ethnonationalistischen Konfliktherde nur langfristig eingefroren wurden. Osteuropa blieb damit auch die Gelegenheit versagt, nationale Feindbilder und Vorurteile schrittweise abzubauen um so, ähnlich wie im Westen, den Weg für eine nationale Versöhnung „von unten“ zu ebnen. Die gegenwärtigen nationalen Konflikte, allen voran der Verlauf des ethnonationalistischen Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien, haben Europa in aller Schärfe und Tragik das latente Gefahrenpotential vor Augen geführt, das der Erblast alter nationaler Feindschaften bis zum heutigen Tage innewohnt.

Die Gespenster der ethnonationalen Konflikte werfen zugleich mit brennender Aktualität die Frage nach einer kritischen Reflexion im Umgang mit der Geschichte und einer in den Dienst der Politik gestellten Vergangenheit auf. Denn im Laufe der Entwicklung des kulturell-geschichtlichen und nationalen Selbstverständnisses der osteuropäischen Völker waren es zumeist die intellektuellen Eliten, vor allem aber die Historiker und später auch die Nationaldichter die, oftmals in einer falsch verstandenen patriotisch-pädagogischen Absicht, durch eine einseitig nationsbezogene Interpretation der Vergangenheit, im kollektiven Bewusstsein ihres Volkes suggestive Feindbilder erweckt bzw. reproduziert und wachgehalten haben. Die zwangsläufig immer wieder ethnozentrisch und defensiv bestimmte Historiographie, Dichtung und Kunst der unterjochten Völker Osteuropas verlieh nicht selten aggressiven nationalen Egoismen der jeweiligen Nation die höheren Weihen einer geschichtlichen und moralischen Legitimation.

Gegenwärtig stellt die Überwindung der oftmals jahrhundertealten nationalen Ressentiments, Feindbilder und Vorurteile die unabdingbare Voraussetzung für eine dauerhafte Aussöhnung in diesem Teil Europas dar. Diese wiederum kann aber nur über eine unvoreingenommene Aufarbeitung der Geschichte erfolgen. Und das bedeutet ein endgültiges Abgehen von einer ethnozentrisch ausgerichteten, und dadurch manipulativen Geschichtsschreibung. Doch die Korrektur einer überkommenen und generationsübergreifend tradierten Sichtweise der nationalen Vergangenheit erweist sich als äußerst schwieriges Unterfangen. Denn die umstandslos in die nationale Geschichtsschreibung mitverwobenen, historisch völlig unhaltbaren Mythen, Verzerrungen und Stereotypen sind in der Regel attraktiver als die historische Wahrheit, und erweisen sich im Bedarfsfall als weit wirksamere Waffe in der politischen Auseinandersetzung als verstandesmäßige Argumente.

In diesem Zusammenhang sollte sich Westeuropa stets vor Augen halten, dass es gerade jene nationalen Geschichtsmymen waren, die den osteuropäischen Völkern, oftmals über Jahrhunderte hinweg, die Kraft gaben, nicht am eigenen Schicksal zu verzweifeln. Geprägt durch ihre tief traumatisierenden historischen Erfahrungen und nationalen Ängste neigen sie jedoch immer noch dazu, zwischen einer pathetischen Überhöhung der Taten ihrer Vorväter und einer selbstgerechten Opfer- und Märtyrerperspektive zu schwanken. Eine wahre Aussöhnung zwischen diesen, sich auch gegenseitig tief traumatisierenden Nationen hängt in großem Maße davon ab, inwieweit es einer objektiven Geschichtsdeutung gelingt, die verzerrende nationale Perspektive dieser Völker dahingehend zu korrigieren, dass sie lernen den Gedanken zu akzeptieren, dass auch ein Volk, das in seiner Geschichte zumeist Opfer und Verlierer war, auch selber zum Täter werden kann. Denn in einem Geschichtsbild, das die eigenen Niederlagen, Fehler und Schwächen tabuisiert, findet sich kein Platz für eine kritische Analyse und objektive Selbsteinschätzung. Der Blick in eine demokratische Zukunft kann nur über die kritische Reflexion und schonungslose Aufarbeitung der eigenen schmerzhaften und bisweilen auch beschämenden Vergangenheit führen. Nur auf diese Weise lässt sich die Geschichte der eigenen Nation vor einer Vereinnahmung für politisch-nationalistische Zwecke schützen.

Die beinahe schon pathologische Fixierung der Völker Osteuropas auf die eigene Geschichte hemmt zudem eine vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Solange aktuelle Fragestellungen primär unter dem Aspekt historischer Reminiszenzen wahrgenommen werden, erscheint die Wirklichkeit bald als etwas Unabänderbares, das schon in der Vergangenheit vorgebildet wurde und auf das man keinen Einfluss mehr nehmen kann. Im Namen einer vorurteilsfreien, gemeinsamen Gegenwart und Zukunft werden die postkommunistischen Demokratien lernen müssen, sich aus dem Bann ihrer egozentrischen Geschichtsschreibung zu lösen und sich selbst aus den verhängnisvollen Chimären ihrer nationalen Vergangenheit zu befreien.

Eine revidierte Sicht der Vergangenheit im Sinne einer Tilgung „weißer Flecken“ in der eigenen Historiographie und der Klärung der Verantwortung für das Geschehene bedeutet weder Vergangenes gegeneinander aufzurechnen noch die oft blutige und konfliktreiche Vergangenheit und ihre Opfer vergessen zu wollen. Denn ohne Erinnerung scheitern auch die ernsthaftesten Bemühungen um Normalisierung, Aussöhnung und künftige Partnerschaft. Nur das Wissen um die düsteren Kapitel der eigenen Geschichte kann Verständnis für den Anderen und seine Handlungsweisen begründen, kann helfen unvernarbte Wunden zu schließen und dazu beitragen, dass in Hinkunft keine neuen mehr geschlagen werden. Eine solche Aufarbeitung von Vergangenheit hin zur „heilenden Erinnerung“ setzt allerdings die Anerkennung von eigener Schuld im Wissen um die Bereitschaft des Anderen zur Versöhnung voraus.

Auch darf die Bewältigung einer gemeinsamen Vergangenheit den neuen Demokratien nicht wieder „von oben“, durch eine verordnete Versöhnung im Namen des gemeinsamen Weges ins geeinte Europa vorgeschrieben werden. Die betroffenen Völker müssen von sich aus, über eine persönliche, rationale Auseinandersetzung, jene kritische Distanz zur eigenen Geschichte gewinnen können, die den Anerkennungsprozess von Vergangenheit als Vergangenheit des eigenen Volkes erst möglich macht und so den Weg ebnet, um auch für diesen Teil der Vergangenheit und seine nachhaltigen Folgen in menschlicher Solidarität die Verantwortung zu übernehmen. Anerkennung von Schuld ist dabei freilich mehr als nur Bekenntnis zur Vergangenheit, sie verlangt, das unter eigener Beteiligung oder auch nur im Namen der eigenen Gesellschaft begangene Unrecht zur Grundlage kollektiven Bewusstseins dieser Gesellschaft zu machen. Sie bedeutet „die Fähigkeit, gesellschaftliche Schuld in die eigene Identität zu integrieren“¹.

In der Praxis bedeutet dies zunächst einmal, neben der oft angesprochenen Vergangenheitsbewältigung in Form von öffentlichen Diskussionen und Historikerdebatten, vor allem die Förderung bildungspolitischer Maßnahmen, die die weitere Vermittlung einer vorurteilsbeladenen nationalistischen Geschichtsschreibung in Schulen und Ausbildungsstätten aller Art, bis hin zu den Universitäten, unterbinden. Eine gegenseitige Revision der Lehrmittel, insbesondere der Lehrbücher für Geschichte, würde es wesentlich erleichtern jenen tendenziellen „Schutt“ wegzuräumen, den die nationalistische Geschichtsschreibung auch in den Schulbüchern angehäuft hat. Vorrangig die Schulbücher, die einen wirksamen Indikator für den Umgang mit Vergangenheit darstellen, müssen sich aus der ethnozentrisch verengten Perspektive befreien. Durch Vermittlung einer rationalen und möglichst detaillierten Kenntnis der Landesgeschichte, ihre Lösung aus der verengenden nationalen Perspektive und ihre Behandlung im Kontext gesamteu-

¹ M. HUBER, *Konflikte und Versöhnung*, in: *Kultur und Konflikte*, hg. von J. ASSMANN, H. DIETRICH, Frankfurt am Main 1990, 65.

ropäischer Entwicklungszusammenhänge könnten die Bildungsstätten zu einer kritischen und rationalen Sichtweise der bisherigen Geschichte in entscheidender Weise beitragen. „Gerade die Völker Mitteleuropas sind in besonderer Weise darauf angewiesen, ihre Vergangenheit richtiger als bisher, nicht mehr entstellt von Ressentiments, sehen zu lernen. Sie müssen sich frei machen von der Vorstellung einer Erbfeindschaft, die es in der geschichtlichen Wirklichkeit nie gegeben hat, sondern die erst von der nationalistischen Geschichtsschreibung der letzten Generationen geschaffen worden ist; als politisches Instrument im Nationalitätenkampfe“².

Zu den Prioritäten einer neu orientierten Bildungspolitik gehört neben einer dezidierten Absage an nationalistische und ethnozentrische Bildungskonzepte und einer kritischen Bestandsaufnahme von fremdenfeindlichen Inhalten in den Lehrplänen, auch interkulturelles Lernen zur Förderung von Mehrsprachigkeit und multikultureller Identität. Interethnische Solidarität und Kooperation in einem vereinten Europa werden sich nicht zuletzt an der diesbezüglichen Effektivität der Bildungsinstitutionen entscheiden.

Es ist eine evidente Tatsache, dass dauerhafte Verständigung, Partnerschaft und Vertrauen zwischen den Nationen und in weiterer Folge die Herausbildung einer kollektiven europäischen Identität nur auf dem Fundament allgemein akzeptierter Grundrechte erfolgen kann. Es sind solche Werte wie Pluralismus, Toleranz, Individualität, Menschenrechte und Demokratie, die als Garant der individuellen Freiheit und Menschenwürde fungieren. Diese europäischen Grundwerte, die das geistig-kulturelle Profil des Alten Kontinents bestimmen, wurden durch den Geist des antiken Griechenland geprägt, durch die Rechtsstaatlichkeit der römischen Zivilisation, durch den abstrakten Monotheismus des Judentums, durch die naturwissenschaftliche Gelehrsamkeit der Araber, aber auch durch die kulturschaffende Kraft seiner lateinischen, keltischen, germanischen und slawischen Völker.

Die ethnische, zivilisatorische und geschichtliche Vielfalt seiner geistigen Wurzeln, zu denen auch die Rationalität des Humanismus und der Aufklärung untrennbar gehört, ändert jedoch nichts an der unleugbaren Tatsache, dass für die Entstehung eines europäischen Kulturraumes die historische Begegnung des christlichen Glaubens mit den Kulturen der europäischen Völker und Nationen von entscheidender Bedeutung war. Aus dieser Begegnung entstand eine spezifische Gestalt von Kultur, die sich in einer dem christlichen Welt- und Menschenbild entsprechenden Rangordnung der Werte niedergeschlagen hat. Im Zentrum dieser Werte steht die Würde und Einmaligkeit und damit die Freiheit des Menschen, begründet im Glauben an einen personalen, geschichtlich mit den Men-

² G. SMOLKA, *Deutschland und Polen in ihrer Geschichte. Verbindendes und Trennendes*, Stuttgart 1965, 17.

schen handelnden Gott, dessen Bild und Gleichnis der Mensch ist. Es ist Tatsache, dass auch heute „in den säkularisierten Strukturen moderner Gesellschaften ein erhebliches Maß an ursprünglich christlichen Motiven und Gedanken wirksam ist, die als ‚implizite Religion‘ oder zivilreligiöses Ethos weiterhin zu den normativen Voraussetzungen moderner Gesellschaften gehören, wie sie insbesondere in Verfassungsgrundsätzen und Menschenrechtserklärungen ihren Niederschlag gefunden haben“³

Das vereinte Europa von morgen wird – trotz seiner christlichen Wurzeln – hinsichtlich seiner Strukturen und staatlichen Institutionen zweifellos ein säkulares Gebilde sein. Aber seine Institutionen und Strukturen, sein immenser technischer und wirtschaftlicher Apparat, werden kaum jene Werte und Haltungen „generieren“ können, die die zum europäischen Staatenbund zusammenwachsenden Demokratien so dringend benötigen, damit das neue Europa auch seine humanen Qualitäten nicht einbüßt. Denn soll sich Europa nicht nur von den pragmatischen Imperativen von Ökonomie, Technokratie und Machtpolitik leiten lassen, muss es jene Werte fortentwickeln, die einen unverzichtbaren Teil seiner Identität darstellen, wie die sittlichen Ideen der Gerechtigkeit, der Menschenrechte, der Solidarität.

Die allein durch ihre Effizienz legitimierte moderne Gesellschaft läuft Gefahr, jene sittlichen Werte und Haltungen in den Individuen zu zerstören, ohne die ein humanes Leben nicht denkbar ist. Gerade diesen Werten und Normen verleihen die christlichen Kirchen die allerletzte Begründung im Glauben an den absoluten Wert - an Gott. Zugleich zeigen sie auch jene Perspektive auf, in der die Humanisierung der menschlichen Lebenswelt, der menschlichen Kultur verwirklicht werden kann. „Als Ort der erfahrbaren Liebe und Freiheit, als Raum der Integration inmitten einer desintegrierten Erfahrungswelt, als Sinnstifterinnen in einer Welt der Sinnentleertheit, der Absurdität, wenn nicht gar der expandierenden Banalität, kommt den christlichen Kirchen im zukünftigen Europa eine unersetzbare Bedeutung zu“⁴.

Die gemeinsamen Grundwerte Europas wurzeln in der Wertschätzung der Vielfalt. Denn Europa ist seit jeher multikulturell. Sein Reichtum bemisst sich auch heute wieder an der vielfältigen kulturellen Ausformung seiner Völker und Volksgruppen. Gerade die Katastrophen des Nationalismus sollten die europäischen Völker gelehrt haben, sich in ihrer jeweiligen kulturellen Andersartigkeit anzuerkennen und die kulturelle Vielfalt als positive Qualität wahrzunehmen, die ein wertvolles Erbe der gemeinsamen europäischen Geschichte ist. Dies setzt

³ F.-X. KAUFMANN, *Das janusköpfige Publikum von Kirche und Theologie. Zur kulturellen und gesellschaftlichen Physiognomie Europas*, in: *Das neue Europa. Herausforderungen für Kirche und Theologie*, hg. von P. HÜNERMANN, Freiburg – Basel – Wien 1993, 29.

⁴ A. NOSSOL, *Brücken bauen. Wege zu einem christlichen Europa von morgen*, Freiburg – Basel – Wien 2002, 67.

jedoch voraus, dass man die Gleichwertigkeit der prägenden kulturellen Traditionen der europäischen Völker anerkennt, und nicht versucht, die Einheit Europas in Kategorien der Uniformität zu definieren.

Und eben weil die europäische Integration Nationen mit unterschiedlichen kulturellen und historischen Identitäten zusammenführen wird, muss ein Weg gefunden werden, diese vor einem Aufgehen in einem transnationalen Uniformismus zu bewahren. Denn nur ein Europa, in dem verschiedene kulturelle Lebenswelten koexistieren, kann auf längere Sicht zum Garanten für jene multikulturelle Freiheit werden, in der die Vielfalt der europäischen Traditionen, Kulturen und Identitäten erhalten und lebendig bleibt. Europa darf also einerseits nicht verleugnen wollen, dass es durch multiple Kulturkreise konstituiert wird, muss zugleich auch versuchen, eine überwölbende Einheit in seiner geistigen und kulturellen Vielfalt sichtbar zu machen.

Es wäre illusorisch anzunehmen, dass das Zusammenwachsen des Alten Kontinents ohne Spannungen vor sich gehen wird. Aus den oftmals völlig gegensätzlichen kulturellen und historischen Erfahrungen der Länder Europas resultieren nicht nur Schwierigkeiten bei der gesamteuropäischen Identitätsfindung. Die neuen osteuropäischen Mitglieder der Europäischen Union befürchten, den Preis für den erhofften Wohlstand und die geopolitische Sicherheit mit dem Verlust ihrer neugewonnenen Freiheit und nationalen Identität erkaufen zu müssen. Umgekehrt nähren in Westeuropa die Abneigung gegen die Hypertrophie der bürokratisch-technokratischen Brüsseler Konstruktion und die Angst vor Wohlstandsrückgang und Uniformismus in einem Megastaat die „Euroskepsis“. Der Europäer, der in seinem Nationalstaat direktes Mitwirkungsrecht an der Gestaltung der Staatspolitik besitzt fürchtet, dass sein Status in der Europäischen Union dem eines Untertanen in einem früheren absolutistischen Herrschaftsgebilde ähneln könnte. Dieses Vertrauensdefizit wird sich nicht allein durch eine Verbesserung der gesamteuropäischen Strukturen korrigieren lassen. Ähnlich wie einst das Nationalbewusstsein der verschiedenen Völker innerhalb eines multinationalen Großreiches, muss auch heute ein gemeinsames europäisches Bewusstsein zuerst in den Köpfen der Menschen entstehen, bevor es seine Entsprechung in den Staatsstrukturen findet. Und ähnlich wie im 19. Jahrhundert bedarf es auch heute wieder der Visionen und geistigen Entwürfe der Dichter und Schriftsteller, es bedarf des Engagements der Medienbetreiber, vor allem aber der Intellektuellen, um im kollektiven Bewusstsein der Europäer neue Ideale und neue Denkweisen zu „erwecken“ und dauerhaft zu verankern.

Die Phänomenologie des politischen Erwachens in Ostmittel- und Südosteuropa, das im Völker-Herbst 1989 gipfelte, hat den Intellektuellen einen besonderen Status verliehen, der jenem der Geistlichkeit in Alteuropa vergleichbar ist. Über Staatsgrenzen hinweg wurden sie zur Verkörperung der Ideale von Freiheit des Wortes und Vielfalt der Meinungen. Ihr Diskurs entlarvte Lügen und forderte

die Menschen auf, die Wahrheit zu leben. Jene Intellektuellen, die durch die Internalisierung der Werte des Individuums, unabhängig von Nation und Kultur, maßgeblich zum Sturz des kommunistischen Systems beigetragen haben, kommen zumeist aus der Erfahrung eines Staatengebildes, das Wirtschaft, Kultur und Alltagsleben an sich gerissen hatte. Ihre „Dissidenten-Erfahrung“ befähigt sie, die möglichen Gefahren im Verlauf des weiteren europäischen Einigungsprozesses einzuschätzen und vor ihnen zu warnen. Die politik- und kulturschaffenden Eliten Westeuropas wiederum sind aufgrund ihrer bisherigen Integrationserfahrung imstande, die Gemeinsamkeiten der europäischen Zivilisation, jenseits aller nationalen Besonderheiten, besser zu erkennen. Wenn sich die ost- und westeuropäischen Intellektuellen zu einem geeinten Europa bekennen, werden sie in der Lage sein, Ideen für die Zukunft der Alten Welt zu entwickeln, die ein neues gesamteuropäisches und wohl auch nationales Selbstverständnis einschließen. Dann könnte die Vision der Errichtung einer gerechten und humanen Ordnung innerhalb einer Gemeinschaft freier und demokratischer Völker, deren Koexistenz sich unter den Bedingungen der gleichberechtigten Partnerschaft vollzieht, Realität werden.

Perspektywy ogólnoeuropejskiej integracji

Streszczenie

Annus mirabilis 1989 otworzył przed krajami Europy nie tylko możliwość bezprecedensowej koegzystencji, lecz także możliwość ukształtowania kolektywnej europejskiej tożsamości. Zachodnią Europę stawia to przed wielkim wyzwaniem włączenia postkomunistycznych demokracji w gospodarcze i polityczne struktury Zachodu, by umożliwić im osiągnięcie porównywalnych cywilizacyjno-technicznych standardów.

Byłe kraje Bloku Wschodniego – oprócz realizacji ogólnoeuropejskich programów integracyjnych – stoją przed koniecznością uporania się z historycznym dziedzictwem tragicznych, często krwawych etniczno-nacjonalnych konfliktów. Kraje pozostające w sferze sowieckiej dominacji nie miały bowiem, w odróżnieniu od zachodnich demokracji, możliwości dokonania samodzielnego rozrachunku z przeszłością i przewyciężenia zadawnionych narodowych stereotypów, uprzedzeń i wrogości. W imię socjalistycznego internacjonalizmu konflikty te zostały „zamrożone”, ale ich destrukcyjny potencjał nie uległ zneutralizowa-

niu. W kolektywnej świadomości wciąż na nowo zniewalanych i ujarzmianych wschodnioeuropejskich narodów ciągle jeszcze drzemią traumatyczne historyczne doświadczenia i związane z nimi narodowe resentymenty i urazy. Mogą one zostać przezwyciężone za cenę krytycznej konfrontacji z jednostronnie martyrologiczno-hyperpatriotycznie przedstawianą przeszłością, za cenę gotowości do akceptacji i przyjęcia odpowiedzialności za to, co było w niej mroczne i zawstydzające. Nie oznacza to relatywizowania i rugowania z pamięci doznanych krzywd i poniesionych ofiar, ale otwiera i ułatwia drogę do wzajemnego zrozumienia, przebaczenia i pojednania.

Jest rzeczą ewidentną, że pojednanie, partnerstwo i zaufanie między narodami Europy i w konsekwencji uformowanie się kolektywnej europejskiej tożsamości może nastąpić tylko na bazie ogólnie akceptowanych wartości, takich jak: tolerancja, pluralizm, prawa człowieka i demokracja, które są gwarantem indywidualnej wolności i godności człowieka. Wartości te, stanowiące o duchowo-kulturowym obliczu Starego Kontynentu ukształtowały wielorakie etniczne, cywilizacyjne i historyczne faktory. Decydującym faktorem było jednak historyczne spotkanie europejskich narodów z Ewangelią, z wiarą w osobowego, historycznie z ludźmi współdziałającego Boga, którego człowiek jest obrazem i podobieństwem.

Istnieje dziś realne niebezpieczeństwo, że technokratyczne instytucje i struktury, a także potężny aparat techniczno-gospodarczy nowoczesnej Europy, kierujący się wyłącznie zasadami pragmatyzmu i efektywności, nie jest zainteresowany i nie potrafi generować owych chrześcijańsko-humanistycznych wartości i postaw, które stanowią o europejskiej tożsamości. Wartości te zabezpiecza i generuje religia chrześcijańska, udzielając im ostatecznego uzasadnienia w wierze w Absolutną Wartość – w Boga.